Zusatzversorgungskasse
für die Gemeinden und Gemeindeverbände
in Wiesbaden
Welfenstr. 2
65189 Wiesbaden

KDZ
KOMMUNALES DIENSTLEISTUNGSZENTRUM
PERSONAL & VERSORGUNG

Antrag auf Betriebsrente für Witwen/Witwer

für die Pflichtversicherung bzw. die Freiwillige Versicherung

Versicherungsnummer

Teil A: Angaben des Antragsstellers

1. Angaben zur verstorbenen Person

Name, Vorname und Geburtsname	Titel, Namensvorsatz
Straße und Hausnummer	Geburtsdatum, Geburtsort
PLZ / Wohnort / Land	
Tag der Eheschließung	Sterbedatum

2. Angaben zur hinterbliebenen Person (Witwe/Witwer)

Name, Vorname und Geburtsname	Titel, Namensvorsatz
Straße und Hausnummer	Geburtsdatum, Geburtsort
PLZ / Wohnort / Land	
Telefonnummer (tagsüber)	E-Mail-Adresse
PAN / Sozialversicherungsnummer	Steueridentifikationsnummer Witwe/Witwer (11 Stellen)

3. Antragstellung durch andere Person

Der Antrag wird in Vertretung der hinterbliebenen Person gestellt vom

☐ Bevollmächtigten * ☐ Betreuer * *** Vollmacht / Betreuerausweis ist beizufügen**

Name, Vorname bzw. Bezeichnung der betreuenden Einrichtung	
Straße und Hausnummer	
PLZ / Wohnort / Land	
Telefonnummer	E-Mail-Adresse

KDZ-Verbindung_23.02.2026

4. Angaben zur Bankverbindung

Für die Überweisung ist die internationale Bankkonto-Nummer (IBAN)
sowie der Bank-Code (BIC bzw. SWIFT-Code) des Kreditinstituts anzugeben.

Name und Sitz des Geldinstitutes

Kontoinhaber (nur wenn abweichend vom Antragsteller)

Straße und Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort/Land (vom ggf. abweichenden Kontoinhaber)

IBAN (max. 34 Stellen)

BIC (8 oder 11 Stellen)

5. Angaben zum Anspruch auf gesetzliche Rentenversicherung

Besteht ein Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung?

☐ ja: Bitte fügen Sie eine Kopie des Rentenbescheides **mit allen Anlagen** bei.
Ohne den vollständigen Rentenbescheid kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

☐ nein: Bitte fügen Sie einen Nachweis der gesetzlichen Rentenversicherung in Kopie bei, dass dort kein Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente besteht (z.B. aufgrund nicht erfüllter Wartezeit / Anspruchsvoraussetzung).

Besteht eine Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten einer berufsständischen Versorgung, fügen Sie bitte eine Kopie des Befreiungsbescheides sowie die Erklärung für Versicherte mit berufsständischer Versorgung für Witwen/Witwer bei.
Diese finden Sie auf unserer Internetseite unter https://kdz-wi.de/zvk/#formulare.

6. Sonstige Angaben

a.) Überleitung / Anerkennung

War die verstorbene Person bei einer oder mehreren anderen Zusatzversorgungseinrichtungen versichert? (z.B. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder - VBL, kommunale oder kirchliche Zusatzversorgungskasse)

☐ nein ☐ ja

von	bis	Zusatzversorgungseinrichtung	Versicherungsnummer
von	bis	Zusatzversorgungseinrichtung	Versicherungsnummer

Wurden die Beiträge von dieser Zusatzversorgungseinrichtung erstattet?

☐ nein ☐ ja

Hat die verstorbene Person bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung Anwartschaften aus einem Eheversorgungsausgleich erworben?

☐ nein ☐ ja

Zusatzversorgungseinrichtung	Versicherungsnummer

b.) Weitere Betriebsrenten

Erhalten Sie selbst (Witwe/Witwer) bereits von unserer oder einer anderen Zusatzversorgungs-einrichtungen eine Rente?

☐ nein ☐ ja

Wenn ja:

Bezeichnung der Zusatzversorgungseinrichtung	Versicherungsnummer
Rentenart (Erwerbsminderungsrente, Altersrente oder Hinterbliebenenrente)	

c.) Schädigung durch Dritte

Wird dieser Rentenantrag wegen einer Schädigung, die durch einen Dritten verursacht wurde, gestellt? (z.B. Verkehrsunfall, Körperverletzung)

☐ nein ☐ ja, Schadensereignis: _____

d.) Versorgungsausgleich

Falls die Ehe der verstorbenen Person geschieden oder die Lebenspartnerschaft aufgehoben wurde: Wurde ein Versorgungsausgleich der Renten-Ansprüche durchgeführt? ☐ nein ☐ ja

7. Hinweis zur Beantragung von Waisenrenten

Hinterlässt die verstorbene Person rentenberechtigte Waisen? ☐ nein ☐ ja

Für jede Waise ist ein gesonderter Rentenantrag bei unserer Kasse zu stellen. Die entsprechenden Antragsformulare finden Sie auf unserer Internetseite unter https://kdz-wi.de/zvk/#formulare

8. Angaben zur Kranken- und Pflegeversicherung

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben sind wir verpflichtet, fällige Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner von Ihrer Betriebsrente einzubehalten und an die zuständige Krankenkasse abzuführen.

Wir bitten Sie, die Anlage zum Rentenantrag (Vorder- und Rückseite) auszufüllen und von Ihrer eigenen Krankenkasse bescheinigen zu lassen und diese dann an uns zurückzusenden bzw. dem Antrag beizufügen.

9. Erklärung der Antragstellerin/des Antragstellers

Mir ist bekannt, dass überzahlte Rentenbeträge an die Zusatzversorgungskasse zurückzuzahlen sind.

Ich beauftrage das jeweils kontoführende Institut, mit Wirkung auch meinen Erben gegenüber, Beträge, die von der Zusatzversorgungskasse überwiesen werden, mir aber infolge meines Ablebens nicht mehr zustehen, an die Zusatzversorgungskasse zurück zu überweisen, soweit ein Guthaben auf meinem Konto vorhanden ist.

Bei Rentenzahlungen entbinde ich mein kontoführendes Geldinstitut - auch mit Wirkung für meine Erben - gegenüber der o. g. Zusatzversorgungskasse insoweit vom Bankgeheimnis, als dies für die Korrespondenz dieses Geldinstituts zur Klärung und Realisierung des Rückzahlungsanspruchs erforderlich ist.

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, die nachfolgend aufgeführten Anzeigepflichten nach der Satzung ab dem Zeitpunkt der Antragstellung zu beachten.

Anzeigepflichten:

Betriebsrentenberechtigte sind verpflichtet, der Zusatzversorgungskasse eine Verlegung ihres Wohnsitzes oder dauernden Aufenthalts sowie jede Änderung von Verhältnissen, die ihren Anspruch dem Grunde oder der Höhe nach berühren können, unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Insbesondere sind mitzuteilen:

- die Versagung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung,
- die Beendigung der Rentenzahlung aus der gesetzlichen Rentenversicherung,
- der Bezug von Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld, Arbeitslosengeld, Insolvenzgeld, Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Übergangskrankengeld, Unterhaltsgeld und Verletztengeld,
- die Änderung der Rentenart in der gesetzlichen Rentenversicherung,
- die Änderung der Höhe der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Einkommensanrechnung,
- bei Leistungen aus der Freiwilligen Versicherung unter Inanspruchnahme der staatlichen Förderung nach §§ 10a, 79 ff. EStG (Riester-Rente) der Wegfall der unbeschränkten Steuerpflicht,
- eine erneute Eheschließung / Lebenspartnerschaft.

Datum, Ort	Unterschrift Antragsteller und Bevollmächtigter	Unterschrift abweichender Kontoinhaber

Anlagen

Bescheid der gesetzlichen Rentenversicherung mit sämtlichen Anlagen	☐ liegt bei	☐ wird nachgereicht
Anlage zum Rentenantrag (Angaben zur Kranken- und Pflegeversicherung u. Krankengeld)	☐ liegt bei	☐ wird nachgereicht
Sterbeurkunde	☐ liegt bei	☐ wird nachgereicht
Heiratsurkunde	☐ liegt bei	☐ wird nachgereicht
Sonstige Nachweise: _____	☐ liegt bei	☐ wird nachgereicht

Allgemeine Erläuterungen

1. Für den Antragsteller

Bitte achten Sie darauf, dass alle Fragen vollständig beantwortet sind und der Antrag von Ihnen bzw. Ihrem Vertreter unterschrieben ist. Dem Rentenantrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- eine Kopie des Witwen-/Witwer-Rentenbescheides der gesetzlichen Rentenversicherung mit sämtlichen Anlagen
- die Anlage zum Rentenantrag

Ohne diese Unterlagen (und die Abmeldung des Arbeitgebers siehe Hinweise unter Nr. 3) **kann die Rente nicht berechnet werden.**

2. Für die Arbeitgeber - Meldeverfahren bei Abmeldungen wegen Rentenbezugs

Um eine Betriebsrente festsetzen zu können, benötigen wir bei Beschäftigten, die bei Eintritt des Todesfalles noch pflichtversichert waren, stets eine Abmeldung durch den Arbeitgeber.
Soweit die Abmeldungen durch Sie im Wege des Datenträgeraustauschs erstellt werden, kann es zu technisch bedingten zeitlichen Verzögerungen kommen. Wir empfehlen daher, uns in diesen Fällen eine Kopie des Ausdrucks, den das Rechenzentrum für den Arbeitgeber erstellt (Datenblatt), dem Rentenantrag beizulegen oder uns so bald wie möglich zuzusenden. Auf diese Weise können wir die Rente schneller berechnen. Die Betriebsrente beginnt generell mit dem Beginn der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Aus diesem Grund benötigen wir eine Meldung mit dem bis zum Rentenbeginn erzielten zusatzversorgungspflichtigen Entgelt.

3. Hinweis zum Datenschutz

Die Angaben in diesem Antrag und die angeforderten Nachweise werden zur Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen, zur Berechnung und Auszahlung der Betriebsrente benötigt. Sie werden von der Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden (ZVK Wiesbaden) ausschließlich für diesen Zweck unter Berücksichtigung der Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG) solange verarbeitet, wie dies für die ZVK Wiesbaden zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben, ihrer vertraglichen Verpflichtungen und gesetzlicher Vorgaben erforderlich ist.

Weitergehende Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und zu Ihren Rechten im Rahmen der Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und 14 der DS-GVO erhalten Sie auf unserer Internetseite unter http://kdz-wi.de/systemnavigation/datenschutz.

Teil B: Angaben des Arbeitgebers

Bitte beachten Sie: Sollte die verstorbene Person bis zum Todestag in einem zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden haben, sind vom letzten Arbeitgeber die nachfolgenden Fragen zu beantworten. Des Weiteren muss vom Arbeitgeber eine Abmeldung von der Pflichtversicherung vorgenommen werden. Ohne die abschließende Bearbeitung durch den Arbeitgeber kann die Rente nicht berechnet werden.

Angaben zur verstorbenen Person

Versicherungsnummer

Name, Vorname und Geburtsname	Titel, Namensvorsatz

1. Erstattungsanspruch: ☐ nein ☐ ja

Der ausgeschiedene Arbeitnehmer hat über den Rentenbeginn hinaus Bezüge erhalten, die tarifrechtlich als Rentenvorschüsse gelten (z.B. § 22 Absatz 4 Satz 3 TVöD). Der hinterbliebene Antragsteller wurde über den Erstattungsanspruch informiert.

Den gezahlten Betrag für die Zeit (taggenau) vom _____ bis _____

in Höhe von insgesamt _____ Euro auf folgendes Konto zu überweisen:

Name und Sitz des Geldinstitutes

Kontoinhaber

Verwendungszweck/Aktenzeichen

IBAN (max. 22 Stellen)

BIC (8 oder 11 Stellen)

2. Die Abmeldung ist:

☐ beigefügt ☐ bereits übersandt ☐ wird nachgereicht bis _____

Sollten Sie die Abmeldung per DATÜV erstellen, bitten wir Sie, eine Kopie des Ausdrucks, den das Rechenzentrum für den Arbeitgeber erstellt (Datenblatt), dem Rentenantrag beizulegen. Bitte beachten Sie hierzu die Hinweise unter Nr. 3 auf der Rückseite dieses Antrags. Ohne die Abmeldung kann die Rente nicht berechnet werden.

3. Liegt oder lag eine Entgeltumwandlung des Beschäftigten vor? ☐ nein ☐ ja

Mitgliedsnummer (Arbeitgebernummer) _____

Auskunft erteilt _____ Telefon _____

_____ _____

Datum/Unterschrift des Arbeitgebers | Dienstsiegel/Stempel des Arbeitgebers

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die Daten werden auf Grund der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden erhoben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verarbeitet.